



Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.598.322

Wien, am 4. September 2025

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum National

rat Maximilian Weinzierl hat am 16. Juli 2025 unter der Nr. **3029/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Einsatz von Polizei und Ordnungsorganen gegen Jugendliche bei privaten Treffen während der Lockdowns" gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- *Wie viele polizeiliche Einsätze im Zusammenhang mit mutmaßlichen Verstößen gegen COVID-19-Maßnahmen im privaten Rahmen unter Beteiligung von Jugendlichen (unter 18 Jahren) wurden zwischen März 2020 und Dezember 2022 österreichweit registriert?*
 - a. *In wie vielen Fällen wurden in diesem Zusammenhang Verwaltungsstrafverfahren gegen Jugendliche eingeleitet?*
 - i. *Wie viele davon wurden mit Geldstrafen, Verwarnungen oder Einstellungen abgeschlossen??*
- *In welchen Bundesländern kam es zu besonders häufigen polizeilichen Einsätzen im Zusammenhang mit jugendlichen Personengruppen im privaten*

oder halböffentlichen Raum?

Auf die Beantwortung der Fragen 1 bis 4 der parlamentarischen Anfrage 2092/J XXVIII. GP des Abgeordneten zum Nationalrat Maximilian Weinzierl vom 6. Mai 2025 (1676/AB XXVIII. GP) darf verwiesen werden.

Zur Frage 3:

- *Welche internen Richtlinien oder Schulungen wurden den eingesetzten Exekutivbeamten im Umgang mit Minderjährigen unter pandemiebedingten Einsatzlagen zur Verfügung gestellt?*

Auf die Beantwortung der Frage 5 der parlamentarischen Anfrage 2092/J XXVIII. GP des Abgeordneten zum Nationalrat Maximilian Weinzierl vom 6. Mai 2025 (1676/AB XXVIII. GP) darf verwiesen werden.

Zur Frage 4:

- *Wurden dem Ministerium Beschwerden über unangemessene Amtshandlungen, Einschüchterung oder unverhältnismäßige Eingriffe gegenüber Jugendlichen in diesem Zusammenhang zur Kenntnis gebracht?*

Auf die Beantwortung der Frage 6 der parlamentarischen Anfrage 2092/J XXVIII. GP des Abgeordneten zum Nationalrat Maximilian Weinzierl vom 6. Mai 2025 (1676/AB XXVIII. GP) darf verwiesen werden.

Zur Frage 5:

- *Gibt es innerhalb des Ministeriums oder in Zusammenarbeit mit anderen Stellen (z.B. Kinder- und Jugendanwaltschaften) Bestrebungen, die Auswirkungen solcher Maßnahmen auf Jugendliche systematisch zu evaluieren?*

Auf die Beantwortung der Frage 7 der parlamentarischen Anfrage 2092/J XXVIII. GP des Abgeordneten zum Nationalrat Maximilian Weinzierl vom 6. Mai 2025 (1676/AB XXVIII. GP) darf verwiesen werden.

Zur Frage 6:

- *Wie beabsichtigt das Ministerium sicherzustellen, dass bei zukünftigen Krisenmaßnahmen die Verhältnismäßigkeit und der Schutz der besonderen Bedürfnisse von Minderjährigen bei polizeilichen Einsätzen berücksichtigt werden?*

Meinungen und Einschätzungen sind nicht Gegenstand des parlamentarischen Interpellationsrechtes.

Gerhard Karner

